

Ausführungen von Herrn Dr. Jörg Rothermel,

Geschäftsführer der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID),

Leiter der Abteilung Energie, Klima, Rohstoffe des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI)

am 26. November 2015 auf der Pressekonferenz der EID in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein in Paris verhandeltes Klimaabkommen der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wäre für die energieintensiven Branchen in Deutschland keine Lösung.

Global gibt es eine Klimaschutzpolitik der zwei Geschwindigkeiten schon heute: Europas Industrie ist schon 2005 mit der Einführung des Emissionshandels in das Rennen um die Emissionsreduzierung gestartet. Seither haben wir unsere Geschwindigkeit bis heute stetig gesteigert.

Durch die regelmäßigen Nachschärfungen des Emissionshandelssystems über das Backloading und die Marktstabilitätsreserve haben wir noch ein paar Extrarunden aufgebrummt bekommen, die langfristig Kraft in Form von Investitionen kosten. Und unser Taktgeber, die Europäische Kommission, will das Tempo ab 2021 mit der anstehenden ETS-Reform nochmals weiter steigern. Nicht nur wird das Reduktionstempo verschärft, da die Zertifikatmenge statt wie heute um 1,74 dann auf 2,2 Prozent pro Jahr sinken soll. Die EU will noch ein paar zusätzliche Handicaps einbauen, indem sie Benchmarks pauschal verschärft und insgesamt weniger kostenlose Zertifikate für die Industrie zur Verfügung stellt.

Die Folge: Selbst der beste Läufer, also die 10 Prozent der klimateffizientesten Anlagen in Europa, würden durch die Reform bestraft, weniger kostenlose Zertifikate erhalten und damit höhere Kosten zu tragen haben. Das schwächt ihre Wettbewerbsfähigkeit und behindert Wachstum, was im schlimmsten Fall sogar zur

Verminderung oder gar Einstellung von Produktion führt. Die EU geht hier ohne Rücksicht auf die langfristige Gesundheit des Läufers vor, obwohl die Konkurrenz, also die Industrie in vielen anderen Teilen der Welt, noch nicht einmal zum Startblock gebeten worden ist.

Es gibt kaum Regionen, in denen die Industrie heute tatsächlich konkrete Ziele und Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen muss. In unserer wichtigsten Wettbewerbsregion, den USA, bleibt die Industrie eher außen vor und kann dem Rennen von der Seitenlinie aus zusehen. Warum ist das so? Weil diese Regionen einen Fokus auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Industrie legen und dieser einen mindestens ebenso hohen Stellenwert wie dem Klimaschutz geben. Wie Herr Tillmann schon darlegte, heißt das nicht, dass diese Regionen nichts tun. Aber sie versuchen tatsächlich, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen. Daher machen die USA Klimaschutz zum Beispiel über die Umstellung der Stromproduktion von Kohle auf Gas.

Europa betreibt Klimaschutz dagegen vor allem zulasten seiner produzierenden Industrie. Dazu einige Zahlen aus dem Stahlbereich: Das von der EU beschlossene CO₂-Minderungsziel von 40 Prozent bis 2030 bedeutet für die europäische Stahlindustrie eine Reduktion von 3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Das ist aber nur rein rechnerisch so. Denn technisch lässt sich diese Zielvorgabe angesichts der prozessbedingten Grenzen nicht umsetzen. Die Herstellungsprozesse im Stahlbereich sind in Deutschland so weit optimiert, dass sie beim Kohlenstoffverbrauch nahe am verfahrenstechnischen Minimum arbeiten. Dieser Zusammenhang trifft so auch auf andere energieintensive Branchen zu.

Zwar wird überall an emissionsärmeren Verfahren geforscht.

Emissionssenkungen sind in begrenztem Maßstab möglich. Investitionen in solche Technologien machen aber nur einen Sinn, wenn sie nicht noch bestraft werden und die Unternehmen längerfristige Planungssicherheit haben. Wenn das nicht der Fall ist, kommt es zu einem Carbon und Investment Leakage – die Abwanderung von Investitionen und Arbeitsplätzen in andere Teile der Welt. Dies ist heute schon Realität:

- In der Chemie liegen die Auslandsinvestitionen seit 2013 über denen im Inland.
- Im Stahlbereich werden in diesem Jahr voraussichtlich 6 Millionen Tonnen Walzstahl aus China in die EU importiert. Damit kommen als ökologischer Rucksack rund 3,6 Millionen Tonnen CO₂ mehr in die EU, als wenn dieselbe Menge Stahl in der EU produziert worden wäre. Das entspricht in etwa dem

CO₂-Ausstoß von etwa 1,8 Millionen Mittelklasse-PKW. Durch die chinesischen Importe mit ihrem hohen ökologischen Rucksack wird also jedes Jahr mehr Treibhausgas ausgestoßen, als die Stahlbranche in Europa einsparen muss.

- Und auch eine aktuelle Untersuchung durch die Deutsche Bank Research kommt zum Schluss, dass hierzulande in den energieintensiven Branchen immer weniger investiert wird. Das reale Nettoanlagevermögen ist vom Jahr 2000 bis 2013 deutlich geschrumpft.

Laut DB Research ist dafür zwar auch die schlechte Konjunkturlage in mehreren Branchen zu Anfang des Jahrtausends mitverantwortlich. Es ist jedoch, ich zitiere „offenkundig, dass die Unsicherheiten bezüglich der deutschen Energie- und Klimapolitik sowie die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise (Strom und Gas) die Investitionslust der energieintensiven Branchen massiv dämpfen – zumindest in Deutschland. Umfangreiche Investitionen der betreffenden Branchen bzw. Unternehmen im Ausland deuten darauf hin, dass Investment Leakage und damit Carbon Leakage bereits stattfinden. Eine Trendumkehr ist derzeit nicht in Sicht.“

Auf diese Tendenzen und die reale Gefahr von Carbon Leakage hat die EU-Kommission bisher keine Antworten. Im Gegenteil: Sie arbeitet mit der geplanten Verschärfung des Handels von Emissionsrechten einem wirksamen Schutz vor Carbon Leakage geradezu entgegen.

Die geplante Reform würde ab 2021 selbst die effizientesten Anlagen belasten. Denn die vorgesehene gekürzte Zuteilung von Zertifikaten geht sogar über das technische Optimierungspotenzial hinaus. Selbst für die besten Anlagen würde die Menge der Zertifikate weiter abgeschmolzen, während gleichzeitig ihr Preis massiv ansteigen werde. Zusätzlich kommen auf die Branchen hohe Mehrkosten im Milliardenbereich zu, weil auch die Strompreise durch den Emissionshandel weiter stark steigen werden. Insgesamt rechnen die energieintensiven Industrien mit Mehrkosten von über 5 Mrd. Euro pro Jahr.

Eine solche Zusatzbelastung hätte schwerwiegende Wettbewerbsnachteile zur Folge. Die energieintensiven Branchen fordern daher die EU-Kommission auf, ihren Entwurf im Sinne der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu korrigieren.

Leitschnur sollte der Beschluss des Europäischen Rates vom Oktober 2014 sein, dass zumindest die effizientesten Anlagen nicht unangemessen belastet werden dürfen. Bei Anlagen, in denen bereits heute das prozessbedingte Minimum erreicht ist, dürfen die Richtwerte (Benchmarks) nicht jährlich pauschal gekürzt

werden. Außerdem muss der im Kommissionsvorschlag zusätzlich vorgesehene sektorübergreifende Korrekturfaktor entfallen, mit dem die Zertifikatezuteilung weiter pauschal gekürzt wird.

Kontakt: VCI-Pressestelle – Telefon: 069 2556-1496 – E-Mail: presse@vci.de